



Elke Seefried (Hg.)

# POLITISCHE ZUKÜNFTEN IM 20. JAHRHUNDERT

Parteien, Bewegungen, Umbrüche



Elke Seefried (Hg.)

# POLITISCHE ZUKÜNFTEN IM 20. JAHRHUNDERT

Parteien, Bewegungen, Umbrüche



Leibniz Institute  
for Contemporary History

Institut für  
Zeitgeschichte  
München-Berlin

campus

Elke Seefried (Hg.)

# **Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert**

**Parteien, Bewegungen,  
Umbrüche**

Campus Verlag Frankfurt /  
New York

## Über das Buch

Politik ist zumindest in ihrer Vermittlung immer auf die Zukunft ausgerichtet. Die Zeitgeschichte der Zukunft als politische Kategorie wurde indes bislang noch nicht systematisch ausgeleuchtet. Dieser Band erschließt Zukunftsentwürfe politischer Parteien und Bewegungen, Zukunftskommunikation und Zeitpolitik im 20. Jahrhundert. Die Beiträge erklären, wie Liberale, SPD und politischer Katholizismus in den 1920er Jahren mit revolutionären nationalsozialistischen und kommunistischen Zukünften der Zwischenkriegszeit konkurrierten, und sie zeigen, wer seit den 1960er Jahren die Orientierung am Jetzt, die Notwendigkeit politischer Planung oder die Warnung vor drohenden Krisen kommunizierte. Indem der Band konkurrierende politische Zukünfte in den Blick nimmt, entwickelt er neue Perspektiven auf die Temporalität von Parteien-, Bewegungs- und Demokratiegeschichte und auf wechselnde Erwartungshorizonte in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, die in die Gegenwart ausstrahlen.

## Vita

*Elke Seefried* ist Professorin für die Geschichte der Neuzeit (19.-21. Jh.) mit ihren Wissens- und Technikkulturen.

# Inhalt

Elke Seefried: Einleitung

1. Methodische Zugänge zu einer Geschichte der Zukunft
2. Ziele und Frageperspektiven
3. Ergebnisse

I. Revolution und Ewigkeit: 1900–1945

Andreas Wirsching: Zukunft als Praxis.  
Kommunismus in der ersten Hälfte des  
20. Jahrhunderts

1. Natur und Geschichte: ein positivistischer »Zeitgeist« im 19. Jahrhundert
2. Marx, Engels und die »allgemeinen Bewegungsgesetze« der Geschichte
3. Lenins zukunftsgerichtete Tatphilosophie
4. Die KPD als Partei der künftigen Revolution

Anna Strommenger: Neujustierung der  
herausgeforderten Zukunft. Sozialdemokratie  
1918–1933

1. Die programmatische Festlegung der zu erreichenden Zukunft
2. Die Kennzeichnung der Zukunft als Fortsetzung der Vergangenheit
3. Die Betonung der eigenen Zukunftsfähigkeit durch politische Praxis in der Gegenwart
4. Fazit

Jürgen Frölich: »Das ganze Volk vorwärts und aufwärts führen in stetiger Entwicklung!«  
Liberalismus 1900–1933

1. Vor 1914: Wiederbelebung des liberalen Zukunftsoptimismus
2. Am Ende des Weltkriegs: neuerliche Erschütterung des Zukunftsoptimismus
3. Mitte der 1920er Jahre: gedämpfte Hoffnungen
4. 1930–1933: Hoffnungen auf die Präsidialdemokratie und die Erneuerung des Reiches
5. Vorläufiges Fazit

Stefan Gerber: Pragmatismus und Eschatologie.  
Der politische Katholizismus 1918–1933

1. Zukunfts-Produktion im politischen Katholizismus
2. Chaos und Ordnung
3. Tatsachenboden und Verfassung
4. Von der »Katholischen Republik« zum »nationalen Staat«
5. Fazit

Thomas Rohkrämer: Bewahrung, Anpassung,  
Radikalisierung. Konservatismus 1890-1933

1. Modernisierung als Herausforderung für den Konservatismus im Kaiserreich
2. Weltkrieg, Revolution und die Radikalisierung des Konservatismus
3. Schluss

Fernando Esposito: Die »Neue Zeit« und die  
römische Zukunft. Der italienische Faschismus

1. Temporale Vielfalt im faschistischen Italien
2. Aufbruch in eine neue Ära: Revolution, era fascista und Neuer Mensch
3. Bonifica und Palingenese, oder: Die Wiedergeburt des ewigen Roms

Frank Bajohr: Atemlos in die Ewigkeit.  
Der Nationalsozialismus

1. Ewigkeit und Anti-Historismus
2. »Volksgemeinschaft« und »Volkskörper«
3. Bauen für die Ewigkeit
4. Die »Endlösung der Judenfrage«
5. Der andere »Endsieg«: Der heroische Untergang als Fanal für die Ewigkeit
6. Resümee

II. Jetztzeit, Planung, Transformation: 1945-2000

## Gideon Botsch: Warten auf den Tag X. Radikaler Nationalismus und extreme Rechte 1949–1989

1. Zum Begriff der nationalen Opposition
2. Von der Selbstausgrenzung des nationalen Lagers zum ersten Scheitern der NPD
3. Versuche der Neuorientierung
4. Fazit

## Martina Steber: Zukunft im Gleichgewicht. CDU und CSU 1970–1990

1. Semantische Festschreibungen ausgewogener Zeitlichkeit: Das »C« und der Begriff »konservativ«
2. Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsentwürfe in den 1980er Jahren: Orientierungskrise und technologischer Wandel
3. Fazit

## Ewald Grothe: Freiburg und kein Ende? Liberalismus 1960–2000

1. Die Zukunftsentwürfe der Liberalen bis zum Freiburger Parteitag 1971
2. Die Wirkung der Freiburger Thesen
3. Die Kieler Thesen als »Rückkehr zum Realismus«
4. Liberale Zukunftskonzepte nach der »Wende« von 1982
5. Liberale und Zukunft in den 1990er Jahren

## 6. Resümee

Elke Seefried: Zukunft in der Transformation.  
Sozialdemokratie seit 1959

1. Die »Zukunftspartei« SPD bis Ende der 1960er Jahre
2. Die regierende SPD in den Transformationsprozessen der 1970er Jahre
3. Drei Zukunftskommissionen der oppositionellen SPD in den Umbrüchen der 1980er und 1990er Jahre
4. Ausblick auf die SPD im 21. Jahrhundert
5. Fazit

Detlef Siegfried: Anders leben jetzt. Die 1968er

1. »Die Zukunft der Revolution«. Visionen im SDS
2. Junge Kultur. Freiheit durch Sex, Drugs, Rock' n' Roll
3. Die Hippies politisieren, die Marxisten hippiesieren. Selbstorganisation der Gegenkultur
4. Fazit

Eva Oberloskamp: Zwischen Apokalyptik und alternativen Gesellschaftsentwürfen. Anti-Atomkraft- und Friedensbewegungen in den 1970er und 1980er Jahren

1. Ausprägung und Kontexte antiatomarer Bewegungen
2. Zukunftsvorstellungen

- 2. 1 »Der Atomtod bedroht uns alle«: Negative Zukunftsszenarien
- 2.2 »Und deswegen stehen wir hier, weil wir eine andere Vision vom Leben haben«: Wille zur positiven Zukunftsgestaltung und Bewusstsein eigener Stärke

3. Schluss: Erosion fortschrittsorientierten Geschichtsdenkens und Zukunftsoptimismus

Silke Mende: »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt«. Die Grünen

- 1. »Apocalypse now«? Krisenwahrnehmungen und Bedrohungsszenarien
- 2. Wachstum, Fortschritt, Zukunft
- 3. »Zurück in die Zukunft«? Grüne Wandlungen in den 1980er Jahren

Hermann Wentker: Der lange Abschied von der Zukunft. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

- 1. Zukunftsversprechen und Zukunftsvisionen 1958/59: Vom Überholen der Bundesrepublik zum Kommunismus

2. Zukunftsvorstellungen der SED in den 1960er Jahren: Zwischen Zukunftsoptimismus und zunehmender Gegenwartsorientierung
4. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft und das Verblässen der Zukunft: Die Ära Honecker
5. Alternative Zukunftsentwürfe?
6. Zusammenfassung

Autorinnen und Autoren

# Einleitung

*Elke Seefried*

Die Geschichte der Erwartungen ist zuletzt in den Fokus der deutschen und europäischen Historiographie gerückt. Allenthalben wird nach vergangenen Erwartungen gefahndet, die – erfüllt oder enttäuscht – tiefgreifende Folgen ausgelöst hätten. Dies gilt für die Erwartungen an die Pariser Friedenskonferenzen nach dem Ersten Weltkrieg und deren Wirkungen für die Krisen der Zwischenkriegszeit,<sup>1</sup> für Willy Brandts großes Versprechen des »Mehr Demokratie wagen[s]«<sup>2</sup> wie auch für entwicklungspolitische Planungen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast zu einer »global political religion« avanciert seien.<sup>3</sup> Die Erschließung historischer Erwartungen signalisiert eine boomende Geschichte der Zukunft, die neue methodische Zugriffe diskutiert und Fragen zu historischen Zukunftsentwürfen, Techniken der Vorausschau und Formen des Zukunftshandelns aufwirft.<sup>4</sup>

Zweifellos entwickelt die geschichtswissenschaftliche Forschung diese Fragestellungen auch unter dem Eindruck gesellschaftlicher und politischer Debatten des letzten Jahrzehnts. Globale Problemlagen wie der Klimawandel avancierten in den europäischen Gesellschaften zu zentralen Herausforderungen, aus denen sich große Zukunftsbegriffe wie die »Nachhaltigkeit« ableiteten.<sup>5</sup> So forderten vor allem junge Erwachsene in Bewegungen wie »Fridays for Future«, in der Aushandlung von Entscheidungen die Interessen kommender Generationen verstärkt zu berücksichtigen, mittel- und langfristige

Entwicklungen zu antizipieren und Zukunft nicht nur in Alternativen zu denken, sondern aktiv und anders zu gestalten.<sup>6</sup>

Über die Aktualität des Themas hinaus eröffnet eine Geschichte der Zukunft methodisches und inhaltliches Innovationspotential. Dies gilt vor allem für eine Geschichte *politischer* Zukunft – und der erdachten, kommunizierten und konkurrierenden politischen »Zukünfte«, die vergangene Möglichkeitsräume konstituierten.<sup>7</sup> Politik ist in ihrer Vermittlung immer zukunftsorientiert.<sup>8</sup> Und doch ist die Zukunft als politische Kategorie bislang noch nicht systematisch für die deutsche und europäische Zeitgeschichte ausgeleuchtet worden.

Diese Geschichte politischer Zukünfte im 20. Jahrhundert erschließt der vorliegende Band. Dabei fokussiert er *Zukunftsentwürfe politischer Parteien und Bewegungen* und fragt nach der performativen Ebene – nach *Kommunikationsstrategien und Semantiken* politischer Zukunft – und so auch nach Formen von Zeitpolitik. Damit verbinden sich synchrone und diachrone Perspektiven, die einerseits konkurrierende Zukünfte, andererseits sich wandelnde Konstruktions-, Erwartungs- und Erfahrungsprozesse und Zäsuren im 20. Jahrhundert betrachten. Indem er die politische Zukunft und ihre Konkurrenz zum Gegenstand einer Kulturgeschichte der Politik macht, entwickelt der Band neue Perspektiven auf die Temporalität von Bewegungs- und Parteiengeschichte, auf Zeitstrukturen von Demokratie und Diktatur und auf wechselnde politische Erwartungshorizonte in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, die in die Gegenwart ausstrahlen. Die Beiträge sind – um die politische Konkurrenz der Zukünfte zu beleuchten – in der deutschen Geschichte situiert, ohne vergleichende Perspektiven und transnationale Einflüsse (etwa des italienischen Faschismus) außer Acht zu lassen.

# 1. Methodische Zugänge zu einer Geschichte der Zukunft

Um vergangene Zukünfte methodisch zu erschließen, ist der Gegenstand zunächst in der Erforschung vergangener *Zeitlichkeiten* zu verorten. In der Geschichtswissenschaft lässt sich geradezu von einem »temporal turn« sprechen, weil Zeit als historische und historisch wandelbare, kulturell geformte und gedeutete Kategorie neu perspektiviert wurde.<sup>9</sup> Die Wurzeln dessen liegen in der zeitphilosophischen Forschung<sup>10</sup> und in Reinhart Kosellecks Theorie historischer Zeiten, die in einer sozial- und ideenhistorisch unterlegten Historischen Semantik davon ausging, dass historische Begriffe in ihrer chronologischen »Mehrschichtigkeit« unterschiedliche Erfahrungsgehalte in sich bündelten.<sup>11</sup> Koselleck konzentrierte sich auf die europäische »Sattelzeit« des späten 18. Jahrhunderts, in der Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte auseinandergetreten seien und neue politische Zeit-Begriffe wie Fortschritt und Liberalismus entstanden, die die Vorstellung von der politisch-sozial *gestaltbaren* Entwicklung abseits eschatologischer oder zyklischer Zeitwahrnehmungen transportierten.<sup>12</sup>

Mit dem *cultural turn* der 1990er und 2000er Jahre rückte die Verschränkung historischer Zeitebenen neu in den Blickpunkt. Die *memory studies* verdeutlichten, dass erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Formen der Aneignung und Deutung der Vergangenheit immer aus dem sozialen und kulturellen Bezugsrahmen des- bzw. derjenigen schöpften, der bzw. die erinnert – also aus der *gegenwärtigen* Deutung.<sup>13</sup> Zeit vollziehe sich nicht einfach, sondern werde gedeutet und gestaltet, um die »eigene Zeitlichkeit lebend vollziehen und bewältigen zu können«.<sup>14</sup> Entwarf der französische Philosoph François Hartog das schematische Bild aufeinander folgender

»Régimes d'historicité«, idealtypisch verstanden als dominante Ordnungen der Zeit, in denen Zeiterfahrungen ausgedrückt, organisiert und mit Sinn versehen werden,<sup>15</sup> so betont die neuere Forschung die »Pluritemporalität« in der Geschichte: Es gebe insofern keine Zeitregime, sondern stets parallel existierende Zeitwahrnehmungen und Zeitvorstellungen, die sich schwerlich in ein bestimmtes Muster pressen ließen.<sup>16</sup> Das geht bis zu Deutungen, die Zeit als ausschließlich soziales Konstrukt und reine Projektionen von verschiedenen Gegenwarten lesen, die von bestimmten sozialen Gruppen imaginiert und mobilisiert würden.<sup>17</sup> Unabhängig von dieser radikalkonstruktivistischen Lesart trägt der vorliegende Band der Überlegung Rechnung, dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft keine getrennten Dimensionen, sondern verschränkt sind. Zukunft wurde stets gefiltert durch gemachte (individuelle oder kollektive) Erfahrungen und mittels damals gegenwärtiger Deutungs- und Ordnungsmuster entworfen und kommuniziert.

Unterscheidet man im Folgenden *fünf methodische Zugriffe* der Erforschung vergangener (politischer) Zukünfte, so geht der Blick *erstens* noch einmal zurück zu Reinhart Koselleck, der eine einflussreiche *begriffs- und ideengeschichtliche* Strömung begründete. Kosellecks Überlegungen weiterentwickelnd, erschloss Lucian Hölscher politische Pläne und Utopien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Utopische Versprechen des mach- und planbaren Geschichtsverlaufs, wie sie paradigmatisch der Marxismus entwarf, verglich Hölscher zudem mit der protestantischen Eschatologie und entfaltete so das Gegensatzpaar von »Weltgericht oder Revolution«. <sup>18</sup> Damit erarbeitete Hölscher eine Theorie »annalistischer« Geschichtsschreibung, die die Möglichkeitshorizonte in der Geschichte betonte. Statt das historische Scheitern bestimmter Zukunftsvorstellungen (etwa der Sozialisten

des 19. Jahrhunderts) schon mitzudenken, sollten diese aus ihrer Gegenwart heraus erforscht werden.<sup>19</sup> Dieser annalistische Zugang ist damit nah am klassischen Historismus, der jede Epoche aus seiner Zeit heraus, also vor dem Hintergrund des damaligen Zukunftshorizonts verstehen wollte.<sup>20</sup>

Kosellecks Thesen von der Zäsur der Sattelzeit und der sich damals öffnenden Zukunft erfuhr zuletzt deutliche Differenzierung und Kritik.<sup>21</sup> Unabhängig davon griff die Forschung vielfach auf das theoretische Modell von Erfahrung und Erwartung, die Historische Semantik und Ideengeschichte als Zugängen zur Geschichte politischer Zukunft zurück. Dies gilt etwa für Arbeiten zur Sprache faschistischer Bewegungen, die auch in diesem Band vertreten sind.<sup>22</sup> Darüber hinaus lasen totalitarismustheoretisch inspirierte Forschungen zu »Politischen Religionen« die Zukunftsbilder auf der ganz Rechten und Linken als radikalisierte säkularisierte Erlösungsversprechen. Zudem haben begriffs- und ideengeschichtliche Arbeiten die Geschichte politischer Utopien behandelt, die in ihrer verzeitlichten Version Gesellschaften fiktionalisierten, die sich als bessere Alternative von der Gegenwart abhoben.<sup>23</sup> Zuletzt wurde der Topos der »Posthistoire« erschlossen, der als intellektuelles Raisonement der 1970er und 1980er Jahre einen »Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom« signalisierte. In diesem Begriff hätten sich, so Fernando Esposito, eine hegemoniale Wahrnehmung vom Ende der Geschichte und die wahrgenommene »Schließung der einst ›offenen Zukunft‹« manifestiert.<sup>24</sup> Demgegenüber verweisen andere Interpretationen darauf, dass der »Fortschritt« in den politischen Debatten über die »Grenzen des Wachstums« und Probleme der industriellen Moderne infrage gestellt wurde, aber sich etwa im Begriff der Nachhaltigkeit neu konfigurierte.<sup>25</sup>

*Zweitens* konzipierten *wissens- und planungsgeschichtliche* Arbeiten eine Geschichte politischer Zukunft. Sie verwiesen darauf, dass in einer technokratischen »Hochmoderne« in Westeuropa und den USA – die ihren Ausgang in den 1880er und 1890er Jahren genommen habe – die moderne Industriegesellschaft entstand und mit ihr politische Aspirationen, die Zukunft verfahrensgestützt und verwissenschaftlicht zu planen. Zum einen habe die Spezialisierung von Aufgaben- und Wissensfeldern in Industrie, Verwaltung, Politik und Militär zugenommen, und der moderne, bürokratisierte Staat habe vorausschauende Verkehrs-, Infrastruktur- und Sozialpolitik mittels eines dichteren Netzes statistischer Datenerhebung und wissenschaftlicher Expertise organisiert. Zum anderen erwachsen – wie Stalinismus und Nationalsozialismus zeigten – im »radikalen Ordnungsdenken« von Sozialexperten und Weltanschauungseliten ganzheitliche Entwürfe gesellschaftlicher Zukunft, die Planung als Neuordnung der Gesellschaft verstanden.<sup>26</sup>

Die *wissens- und planungsgeschichtliche* Forschung unterstrich zudem, dass im frühen Kalten Krieg – in West und Ost – eine neue Dynamik militärisch-strategischer und technologischer Planung entstand. Im Kalten Krieg gingen Politik und Wissenschaft eine besondere Symbiose ein, und daraus entsprangen neue, technisch unterlegte Steuerungsambitionen, mit denen der Kalte Krieg gewonnen werden sollte. Am sichtbarsten manifestierte sich dies in den politischen Hoffnungen auf die Kybernetik als neue, polyvalente Steuerungswissenschaft, die in den USA entstand, aber in den 1960er Jahren auch in den sozialistischen Staaten eine massive politische Förderung erlebte.<sup>27</sup> Gespeist aus den neuen wirtschaftlichen Handlungs- und Planungsspielräumen, welche der wirtschaftliche Boom bot, avancierte Planung in den 1960er Jahren parteiübergreifend zu einem Leitbild, mit

dem politische Entscheidungen wissenschaftlich unterlegt, rationalisiert und langfristig abgesichert werden konnten.<sup>28</sup> In diesem Kontext entwickelte sich in den 1960er Jahren die Zukunftsforschung oder Prognostik in West und Ost zu einer neuen Meta-Disziplin, die die Expertise für mittel- und langfristige Steuerung und Planung generieren sollte. Im Westen popularisierte die Zukunftsforschung, in der sich empirisch-positivistische, normative und kritisch-emanzipatorische Zugänge bündelten, den Begriff der »Zukünfte«. Damit zielte sie – im Gegensatz zur staatssozialistischen Prognostik, deren kommunistisches Telos festgelegt war – auf die vielen Gestaltungsoptionen, die sich zu eröffnen schienen. Auch wenn etwa Kosellecks Band *Vergangene Zukunft* in der englischen Übersetzung in den 1980er Jahren schon den Plural der »Futures« trug, so setzte sich der Begriff der Zukünfte in der deutschen Geschichtswissenschaft erst mit der Erschließung der Zukunftsforschung durch.<sup>29</sup> Er trifft das Verständnis verschiedener nebeneinander bestehender Möglichkeitshorizonte und damit das Bild von der Offenheit der Geschichte.

*Drittens* problematisieren Arbeiten aus der *politischen Kulturgeschichte* die Zukunft. Ausgehend von einem weiten Begriff des Politischen als Kommunikations- und Entscheidungsraum<sup>30</sup>, fragen die Vertreter dieser Zugriffe, wie politische Akteure Zukunft deuteten, repräsentierten und kommunizierten und welche Funktionen dem Reden über oder dem Visualisieren von Zukunft zukamen. So haben Arbeiten zur Versicherheitlichung argumentiert, dass die politische Kommunikation über Sicherheit seit der Frühen Neuzeit eine Legitimationsbasis für das staatliche Gewaltmonopol bildet, in der sich Gefährdungs- und Aufbruchskommunikation verbanden.<sup>31</sup> Nicht nur staatliche Akteure sprachen von der drohenden »Krise«: Auch Gegner des jeweiligen politischen Systems betrieben

Krisenkommunikation, um das System zu diskreditieren und alternativen, radikalen Programmen zum Durchbruch zu verhelfen, wie Rüdiger Graf anhand der Weimarer Republik zeigte.<sup>32</sup> Dass die Kommunikation politischer Zukunft oft auch damit einherging, apokalyptische Zukunftsbilder zu entwerfen, um alternative Ordnungsvorstellungen durchzusetzen, wurde an solchen Studien deutlich.

Weniger auf synchrone denn auf diachrone Muster des Umgangs mit Erwartungen verweisen emotionsgeschichtliche und praxeologische Ansätze. Enttäuschung lässt sich so als kommunikativer Code und »Emotiv« verstehen, der eine gemeinschaftsstiftende Funktion hat oder eine Neuverhandlung von Entscheidungen hervorruft. In der bundesdeutschen Demokratie der 1970er und 1980er Jahre, so ein Projekt am Institut für Zeitgeschichte, führte politische Enttäuschung nicht zu einer Radikalisierung oder Resignation, sondern setzte Lernprozesse zu mehr Erwartungsmanagement in Gang, das darin bestand, kommunizierte Erwartungen an politische Reformen zu dämpfen oder auf eine längere Zukunftsperspektive zu verschieben.<sup>33</sup> Emotionsgeschichtliche Studien haben zudem die Angst in der politischen Kultur ergründet – im Umgang mit dem Nationalsozialismus,<sup>34</sup> in der Emotionalisierung des drohenden Atomkriegs<sup>35</sup> oder in den internationalen Beziehungen im Kalten Krieg.<sup>36</sup> Einen praxeologischen Ansatz verfolgt ein Graduiertenkolleg an der Universität Duisburg-Essen in einer interepochalen Perspektive, indem es ermittelt, wie historische Akteure Kontingenz deuteten und/oder welche Funktion Praktiken der Bewältigung von Ungewissheit in Politik und Gesellschaft hatten.<sup>37</sup> Dieser methodische Zugriff wird durch den Beitrag über die Weimarer Sozialdemokratie in diesem Band repräsentiert.<sup>38</sup>

*Viertens* wurde die vergangene politische Zukunft zuletzt in *postkolonialer* Perspektive erhellt. In diesem Zugang gilt nicht mehr – wie in der Sozialgeschichte der 1970er Jahre – die Modernisierung als normative Richtschnur historischer Analyse,<sup>39</sup> sondern Modernität wird als koloniale Kategorie dekonstruiert. Zeit sei selbst zum universalen Parameter für eine normative Bewertung des Entwicklungsstandes von Individuen, Kollektiven und ganzer Gesellschaften geworden – indem diese als modern oder »primitiv«, fortgeschritten oder rückständig bewertet wurden.<sup>40</sup> Studien analysierten vor allem die Modernisierungstheorie der 1950er und 1960er Jahre und deren Umsetzung in Entwicklungskonzepten und Entwicklungspolitiken, indem sie – durchaus erwartbar – zeigten, wie sehr diese Konzepte von progressiv verstandenen Vorstellungen der Zivilisierung der »Unterentwickelten« des globalen Südens ausgingen.<sup>41</sup> Zugleich wird so die geschichtswissenschaftliche Modernisierungstheorie historisiert. Auch wenn dieser Band keine globalhistorische Dimension hat, weil er sich auf die Entwicklungslinien und Konkurrenz von Zukünften in einem nationalen Kommunikationsraum konzentriert, so wird die Infragestellung modernisierungstheoretischer Entwicklungsbegriffe etwa am Beispiel der SPD der 1970er Jahre integriert.<sup>42</sup>

*Fünftens* schließlich ist auf *interdisziplinäre* Impulse zu verweisen. Nicht nur soziologische Arbeiten befruchteten die Geschichte der Zukunft – wie Ulrich Becks Arbeiten zur »reflexiven Moderne«, Helga Nowotnys These von den »Eigenzeiten« oder zuletzt Jens Beckerts »Fiktionale Erwartungen« im modernen Kapitalismus – und wären auch selbst zu historisieren.<sup>43</sup> Wichtiger sind *politikwissenschaftliche* Zugänge, die seit den 1980er Jahren Zeit als »Machtressource« erschlossen, weil sich Politik im Medium der Zeit und durch die Zeit realisiere.<sup>44</sup>

Politikwissenschaftliche Überlegungen verwiesen darauf, dass in temporaler Hinsicht die Judikative als Verbindung in die Vergangenheit, die Exekutive Organ der Gegenwartsfixierung und die Legislative als Ort der Zukunftsgestaltung fungieren.<sup>45</sup> In diesem Sinne analysierten PolitikwissenschaftlerInnen die Verteilung von Zeitressourcen und die politischen Zeitrelationen – als zeitliche Differenzen zwischen politischem System und seiner Umwelt sowie innerhalb von politischen Systemen – und zeigten hier etwa die strukturellen »Eigenzeiten« in parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen auf, die sich in der spezifischen Fixierung und Aushandlung parlamentarischer Rede- und Handlungszeiten manifestierten.<sup>46</sup>

Demokratien, so betonten politikwissenschaftliche Studien, besäßen als Modell befristeter Herrschaft andere Eigenzeiten als Diktaturen, in denen Herrschaft nicht in die Zukunft begrenzt sei. Demokratie brauche in ihren Vermittlungs-, Kommunikations- und Entscheidungsprozessen Zeit. In legislativen Verfahren werde zwar die Zukunft – im Gesetzgebungsprozess – beraten, doch im mühsamen Tagesgeschäft könnten demokratische Parteien – bzw. Parlamentsfraktionen – nur bedingt Zukunftsdynamiken versprühen.<sup>47</sup> In der modernen Demokratie, in der die sachliche Komplexität wachse, falle die Synchronisierung zwischen demokratischer Willensbildung und sozialökonomischen Dynamiken immer schwerer. Der »Akzelerationszirkel« beschleunige sich im Zuge der technologischen und kapitalistischen Dynamiken in der »Spätmoderne«, so etwa Hartmut Rosa, und dies setze demokratische Entscheidungsprozesse zunehmend unter Druck. Politik könne damit nicht mehr zielorientiert steuern.<sup>48</sup> Auch deliberative Verfahren, mehr zivilgesellschaftliche Mitbestimmungswünsche in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen sowie die

Massenmedien machten Partizipation und Repräsentation in modernen Demokratien zeitaufwändiger: Mit mehr »responsiveness« der Regierungen gerate tendenziell die längerfristige »responsibility« für die Zukunft aus dem Blick.<sup>49</sup> Politik werde damit immer reaktiver statt zielorientierter.<sup>50</sup> Auch das europäische Mehrebenensystem und globale Aushandlungsprozesse wie die Klimapolitik brächten eigene Rhythmen in national organisierte Demokratien.<sup>51</sup> Nur wenige Politikwissenschaftler gehen so weit wie Colin Crouch, der eine »Postdemokratie« diagnostizierte, weil liberale Demokratien nurmehr von »Spin-Doctors« und ökonomischen Interessen beherrscht würden und sich die Demokratie damit insgesamt zurück – und nicht mehr nach vorn – entwickle.<sup>52</sup> In einem pragmatischen Verständnis argumentieren andere, dass Gegenstände wachsender Komplexität notwendigerweise nur in Zyklen von Legislaturperioden abgearbeitet werden könnten.<sup>53</sup> Umso wichtiger erscheint es für politische Akteure, den »Kairos« als Momentum zu nutzen.<sup>54</sup>

In der Tat ist die Zukunft immer auch Gegenstand und Mittel politischer Strategien. Entstehende gesellschaftliche Konfliktlinien (wie Kapital versus Arbeit, Ökonomie versus Ökologie) werden von sozialen Bewegungen aufgegriffen, die sich in Interessenkonflikten bilden. Soziale Bewegungen sind Netzwerke und gering organisierte Gruppen, die, »basierend auf einer kollektiven Identität, einen fundamentalen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen versuch[en] (oder sich einem solchen Wandel widersetzen) und sich dazu des öffentlichen Protests bedienen«; hingegen geht es *politischen* Bewegungen im engeren Sinne um den Einfluss auf politische Entscheidungen oder auf das politische System.<sup>55</sup> Diese Bewegungen münden oft – wie im Fall der Grünen – in neuen Parteibildungen. In Demokratien sind es

Parteien, die partikulare und konkurrierende Interessen repräsentieren und in Programmatiken bündeln. Daraus entwickeln sie verzeitlichte Strategien, indem sie bestimmte Probleme aus dem »Kontingenzraum ungewisser Zukünfte in Skalierungen konkreter Handlungsrelevanzen« überführen und so Agenda-Setting betreiben.<sup>56</sup> In Zeiten professionalisierter Wähler- und Volksparteien habe, so die Forschung, die ideologische Distanz zwischen den Parteien abgenommen. Zudem brächten Medien immer neue Sachverhalte auf. Damit würden Programmatiken kontingenter, und die Politik operiere wie ein »Staubsauger«, der »alle die Themen ansaugt und politisiert, die gegenwärtig in volatilen Wählermärkten einen Zuwachs an Zustimmung versprechen könnten«.<sup>57</sup> Inwiefern programmatisch-ideologische Distanzen geschwunden und die programmatische Kontingenz tatsächlich gewachsen sind, muss in einer zeithistorischen Perspektive ausgeleuchtet werden.

## 2. Ziele und Frageperspektiven

Dieser Band untersucht politische Zukunftsentwürfe und zugehörige Kommunikationsstrategien im 20. Jahrhundert. Die Autorinnen und Autoren beleuchten Inhalte und Generierungsformen konkurrierender politischer Zukunftsvorstellungen in Parteien und politischen Bewegungen, sie fragen nach performativen Ebenen in historischen Semantiken, Visualisierungen und Strategien der Selbstdarstellung, Kommunikation und Umsetzung von Zukunft,<sup>58</sup> und sie beziehen Interaktionen zwischen politischen und wissenschaftlichen Zukünften ein, indem sie nach dem Einfluss wissenschaftlicher ExpertInnen auf die politische Programmformulierung und Planung fahnden.<sup>59</sup> Damit verorten die Beiträge vergangene

Zukünfte in Parteien und politischen Bewegungen in ihren jeweiligen Erfahrungshintergründen und Erwartungshorizonten,<sup>60</sup> sie rekonstruieren in ihrer Gesamtschau die Pluralität neben- und gegeneinanderstehender Entwürfe und Kommunikationsstrategien und fragen nach dem Sprechen über die Zukunft in einem diskursiven Sinne, welche die gewünschte Zukunft realisieren oder die bedrohliche Zukunft verhindern sollte.<sup>61</sup> Damit erkundet der Band erstmals konkurrierende politische Zukunftsentwürfe im 20. Jahrhundert und leistet einen Beitrag zur Geschichte von Zeitpolitik.

Der Band verfolgt *drei übergreifende Ziele*, die sich mit bestimmten Forschungsperspektiven verbinden. *Erstens* entwickeln die Autorinnen und Autoren neue Perspektiven auf Temporalität und Zeitpolitik in der *Parteien- und Bewegungsgeschichte*. Politische *Parteien* sind im *cultural turn* seit den 2000er Jahren weitgehend aus dem Blick der Zeitgeschichtsforschung geraten.<sup>62</sup> Stattdessen fokussierte die Forschung insbesondere jene kollektiven Akteure und Praktiken, die den Kommunikationsraum des Politischen vor allem seit Mitte der 1960er Jahre erweiterten, nämlich neue soziale Bewegungen und politischen Protest.<sup>63</sup>

Dieser Band verknüpft Parteien- und Bewegungsforschung. Die Beiträge beleuchten *Parteien*, deren wichtige Aufgabe seit dem 19. Jahrhundert darin besteht, partikulare gesellschaftliche Interessen nicht nur zu repräsentieren, sondern Programme zu entwerfen, Zukunftsexpertisen einzubinden, damit Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und die eigenen Positionen und Entwürfe in den parlamentarischen Prozess zu überführen. Zukunftskommunikation ist insofern ein elementarer Teil ihrer Arbeit. Parteien, die immer auch auf Machterwerb und die Besetzung von Ämtern zielten, konkurrierten und konkurrieren mit *politischen Bewegungen*, die aus neuen

Konfliktlinien hervorgehen, *per se* Mobilisierung, »gesamtgesellschaftliche Veränderungen« und die Gestaltung einer anderen Zukunft anstreben, ja die Gesellschaft »als Projekt« verstehen können.<sup>64</sup> Indes gehen Parteien meist aus Bewegungen hervor, bildeten sich aus der Routinisierung der Bewegungen und deren Willen nach mehr politischer Repräsentation.<sup>65</sup> Dies symbolisiert etwa die aus der Arbeiterbewegung entstammende SPD. In der Tat korrelieren so Stabilität und Wandel von Parteiensystemen mit dem Aufkommen neuer sozialer und politischer Bewegungen: Das Parteiensystem des Kaiserreichs, das sich aus tradierten »sozialmoralischen Milieus« (wie dem sozialistischen und katholischen Milieu) speiste, blieb bis in die 1920er Jahre bemerkenswert konstant, ehe aus ökonomischen Interessenkonflikten und radikalem Ordnungsdenken neue Bewegungen auf der ganz Linken und Rechten hervorgingen.<sup>66</sup> Nach 1945, als sich locker verbundene Honoratiorenparteien und mobilisierende Massenintegrationsparteien zu Volksparteien wandelten, erschien das bundesdeutsche Parteiensystem geradezu »eingefroren«<sup>67</sup>, ehe sich in den späten 1960er und 1970er Jahren im Zuge gesellschaftlicher Individualisierung, neuer Forderungen nach Mitbestimmung und einer Dominanz »linke[r] Politik« Umwelt-, Anti-AKW-, Frauen- und Friedensbewegung bildeten, die auf starke gesellschaftliche Resonanz stießen und in der Grünen Partei mündeten.<sup>68</sup> Zugleich können Parteien – wie im Fall der KPD der Weimarer Republik oder der frühen Grünen – »Sprachrohr« von Bewegungen sein und sich starker Mobilisierungselemente bedienen.<sup>69</sup>

Die Beiträge des Bandes erkunden, welche Zukünfte wie in Parteien und politischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts entworfen, imaginiert, kommuniziert und verhandelt wurden. Die Autorinnen und Autoren beleuchten inhaltliche Zukunftsvorstellungen und

unterscheiden hierbei verschiedene Typen. Sie erkunden Programme (als normative Entwürfe einer konkreten, gewollten oder zu verhindernden Zukunft) und Utopien (als Entwürfe einer anderen, von der Gegenwart fernen, idealen Zukunft) und sie beziehen ein, wie Parteien und Bewegungen sachorientierte Szenarien und Prognosen einbanden, die im nicht-normativen Sinne Aussagen über eine erwartbare oder wahrscheinliche Zukunft machten und damit auch Zukunftswissen in die Politik trugen. Zudem lotet der Band politische Zukunftshorizonte aus, indem nach der zeitlichen Tiefe der Zukunftsentwürfe – kurzfristig, innerhalb der Legislaturperioden, generationenübergreifend oder gar ewig – gefragt wird. Ebenso nimmt der Band Zeitverständnisse und Richtungen in den Blick: Wie offen oder teleologisch, wie linear oder zyklisch, wie evolutionär oder revolutionär wurde Zukunft gedeutet oder kommuniziert? Wichtig erscheint es, entsprechende Selbstdarstellungen und Kommunikationsstrategien von Parteien und politischen Bewegungen zu prüfen, indem Semantiken der Vermittlung und Inszenierung von Zukunft, zeitpolitische Strategien und Wandlungen im Agenda-Setting sowie der Kommunikation von Zukunft ermittelt werden: Wann arbeitete wer aus programmatischen oder strategischen Gründen mit Begriffen von Fortschritt oder Niedergang, mit Revolutions- oder Evolutionssemantiken, mit Aufbruchs- oder Bedrohungskommunikation und generationellen Bezügen? Dabei werden auch Strategien der Umsetzung von Zukunft einbezogen – wie Konzepte politischer Planung (als systematischer, wissensbasierter und positiv-gestaltender Vorgriff auf die Zukunft), Vorsorgeinitiativen zur Verhinderung perzipierter negativer Zukünfte und Modi der Artikulation und Umsetzung positiver Imaginationen.<sup>70</sup> Konkret ist dabei zu fragen, welche Bedeutung der Wandel von Honoratioren- bzw.

Massenintegrationsparteien zu Volksparteien nach 1945 für Kommunikationsstrategien von Zukunft hatte und wie die jeweiligen Positionen im Regierungssystem – Regierungs- oder Oppositionsrolle – mit Aufbruchs- oder Stabilisierungskommunikation korrelierten.<sup>71</sup>

*Zweitens* versteht sich der Band als Beitrag zur Erforschung von Zeitstrukturen in der *Demokratie*. Die Demokratiegeschichte hat in den letzten Jahren eine Renaissance erlebt.<sup>72</sup> Der Fokus der deutschen Forschung lag zuletzt vor allem auf demokratischen Potentialen des Kaiserreichs – etwa was die öffentliche Präsenz der Frauenbewegung angeht –, Formen des politischen Protests in neuen sozialen Bewegungen und Debatten über »Demokratisierung« und betriebliche Mitbestimmung in den 1970er und frühen 1980er Jahren.<sup>73</sup> Diachrone Vergleiche zwischen der Weimarer und der Berliner Demokratie verwiesen auf ein ähnliches Anwachsen populistischer und extremistischer Kräfte, auf Probleme der politischen Repräsentation und eine wachsende Polarisierung in den Parteiensystemen.<sup>74</sup> Dieser Band kann dazu beitragen, die Relevanz von Zukunft für die Demokratie in einer interepochalen Perspektive einzuordnen – nicht zuletzt weil der aktuelle Verweis auf die Krise der Weimarer und der Berliner Demokratie selbst eine Zukunftskommunikation ist.<sup>75</sup>

Anhand von Parteien und Bewegungen erkunden die Beiträge des Bandes die imaginierten und kommunizierten Zukünfte der Demokratie, also inhaltliche Entwürfe für demokratische Strukturen und Prozesse, wie sie sich etwa in Forderungen nach mehr »Demokratisierung« herauskristallisierten.<sup>76</sup> Zudem thematisieren sie, welche Funktionen und Folgen Versprechen in der und für die Demokratie hatten. Dies lässt sich etwa an der Formel des »Mehr Demokratie wagens« von Willy Brandt zeigen, die in der Folge eher zum Ballast für die sozialliberale Koalition

wurde.<sup>77</sup> Inwiefern legitimierten oder delegitimierten Parteien und Bewegungen mit großen Versprechungen sich und/oder die Demokratie? Welche Folgen hatte dies im Hinblick auf den Erfolg der Parteien – also die Wählerstimmen und Mitgliederzahlen –, und wie lernten sie daraus? Zudem erkundet der Band, inwiefern Zukunftsentwürfe, die Vermittlung von Zukunft und das Zukunftshandeln in demokratischen und dezidiert antidemokratischen Parteien differierten, welche die Demokratie als Herrschaft auf Zeit beenden wollten (oder beendet hatten).<sup>78</sup> Zwar fokussiert der Band die Kommunikation von Zukünften, doch behält er auch im Blick, wie Zukunft umgesetzt werden sollte. Zur Demokratieggeschichte gehört vor allem die Frage, inwiefern politische Gewalt gerechtfertigt und eingesetzt wurde, um einem alternativen politischen System zum Durchbruch zu verhelfen.

*Drittens* liefert der Band einen Beitrag zur Frage, wann und wie sich politische Erwartungshorizonte in den *Umbrüchen* des 20. Jahrhunderts wandelten – und welche Folgen dies bis in die Gegenwart hat. Jörn Leonhard betonte zuletzt, wie sehr die »verbreitete Wahrnehmung eines umfassenden Fortschritts und einer immer besseren und gestaltbaren Zukunft« das 19. Jahrhundert in Europa prägte. Zu diesem Fortschrittsversprechen gehörten mehr politische Teilhabe, soziale Gleichheit oder die Idee einer europäischen Zivilisation der Welt. Auch wenn das Versprechen um 1900 schon brüchig geworden war, herausgefordert durch Kulturkritik und gesellschaftliche Reformbewegungen, habe der Erste Weltkrieg im Zeichen beider Entwicklungen gestanden: Er transportierte große politische Erwartungen und ihre Desillusionierung.<sup>79</sup> Ausgangspunkt des Bandes ist die »hochmoderne« politische Kultur und Fundamentalpolitisierung um die Jahrhundertwende, die im Zeichen einer neuen politischen

Öffentlichkeit stand – symbolisiert durch die wachsende Stärke der Sozialdemokratie im Reichstag, die dynamische Entwicklung eines integralen Nationalismus imperial orientierter Verbände oder die wachsende Zahl der Medien, die die politische Aufbruchsstimmung transportierten: Um 1900 führten sieben Zeitschriften die »Zukunft« im Titel, mehrere die »Neue Zeit«.<sup>80</sup> Die Beiträge erfragen den Zäsurcharakter des Ersten Weltkrieges und der Revolution. In der Tat rivalisierten in der europäischen Zwischenkriegszeit tradierte politische Ideologien und Parteien – Liberalismus, Sozialismus, politischer Katholizismus und Konservatismus – mit neuen, radikalen Zukunftsentwürfen von ganz links und rechts. Vermehrt imaginierten radikale Parteien von rechts und links und Intellektuelle nun den Anbruch einer neuen Zeit und den revolutionären Bruch mit der Gegenwart.<sup>81</sup> Ein Desiderat der Forschung ist es, Zukunftsentwürfe und -kommunikation systematisch nach politischen Strömungen und Parteien aufzufächern und dabei – mit Blick auf den Nationalsozialismus – auch die Zäsur 1933 zu überwölben. Eine solche systematische Differenzierung fehlt auch für die Zeit nach 1945. Da der Band jedoch in Kapitel vor und nach 1945 geteilt ist, wurde bereits eine gewisse Vorentscheidung getroffen, was die Periodisierung angeht. Leitend war hier die Überlegung, dass sich das deutsche Parteiensystem 1933 und 1945/49 grundlegend veränderte und die Neugründung von Parteien (wie CDU, CSU und FDP) ohnehin zu einer strukturellen Zäsur der Jahre 1945/49 beitrug.<sup>82</sup>

Während die 1950er Jahre als Zeit des »Wiederaufbaus« in der Zukunftsgeschichte bislang recht knapp abgehandelt wurden,<sup>83</sup> charakterisierte die Forschung vielmehr die 1960er Jahre als Zeit der politischen Aufbruchsstimmung und wissenschaftsbasierten Planungsbegeisterung in der Bundesrepublik und Westeuropa.<sup>84</sup> Zuletzt wurden erste

blockübergreifende Synthesen vorgelegt.<sup>85</sup> Kontrovers wurde der Zäsurcharakter der 1970er Jahre diskutiert, der sich in einer veränderten kollektiven Deutung von Zukunft zu kristallisieren schien. Wie stark politische Fortschrittsverständnisse im Zeichen ökonomischer Rezession und ökologischer Endzeitstimmungen schwanden oder sich wandelten, ist umstritten.<sup>86</sup> Darüber hinaus ist zu vermessen, wie die Dynamiken der Mediendemokratie – vom Fernsehen bis zum Internet – sich auf die Zukunftskommunikation von Parteien und Bewegungen seit den 1970er Jahren auswirkten. Schließlich geht es um eine »Neoliberalisierung« politischer Kultur nach dem Ende des Kalten Krieges und um den neuen Bewegungsbegriff der »Globalisierung« der 1990er Jahre,<sup>87</sup> deren (partei-)politische Zukunftsgehalte hier vor allem mit Blick auf SPD und CDU betrachtet werden.

Haben sich mithin in der jüngsten Zeitgeschichte politische Zukünfte verengt? Das Regieren in »spätmodernen« Demokratien droht aus der Sicht einiger politikwissenschaftlicher Betrachter immer responsiver und reaktiver denn ziel- und gestaltungsorientierter zu werden. Auch in den Debatten über die Euro- und Flüchtlingskrisen der 2010er Jahre wurde argumentiert, dass die großen politischen Zukunftsentwürfe geschwunden seien, dass sich die Volksparteien kaum mehr unterscheiden und die kommunizierte »Alternativlosigkeit« von Entscheidungen ein Grund für den Aufstieg populistischer Kräfte gewesen sei.<sup>88</sup> Oder haben zu hohe Erwartungen an politische Führung, an Parteien und demokratische Prozesse den Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit der etablierten Parteien ausgelöst, zumal außen- und innenpolitische Komplexitäten dauernd wachsen?<sup>89</sup> Ob sich politische Zukünfte im 20. Jahrhundert immer weiter verengten, welche Rolle die